

Der neue Verteilungskampf

Von Rainer Hein



Es gibt Selbstverständlichkeiten, die dieser Sommer in Frage gestellt hat. Dazu gehören die Versorgung mit Trinkwasser und ein Klima, das nicht zwischen Extremwetterlagen wechselt. Wegen der lange anhaltenden Trockenheit haben manche Kommunen ihre Bürger auffordern müssen, den Wasserkonsum zu drosseln. Die Bauern wiederum registrieren Ernteverluste und die Forstwirte Bäume, die schon Mitte August ihre Blätter abwerfen.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass der Wasserbescheid für die Förderbrunnen in Pfungstadt zum Politikum wird. Die Firma Hesenwasser klagt gegen das Land, weil ihr die vom Regierungspräsidium Darmstadt zugesagte Menge zur Grundwasserentnahme nicht ausreicht. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald wiederum klagt, um weitere „verheerende Versteppungsvorgänge im Hessischen Ried“ zu verhindern.

Es ist ein Konflikt, der die gesamte Region betrifft. Keine Großstadt im Ballungsraum Rhein-Main kann sich noch selbst mit Wasser versorgen. Das Hessische Ried beliefert inzwischen 50 Kommunen, Frankfurt ebenso wie Darmstadt und Wiesbaden. Die Nachfrage dieser wachsenden Städte wird weiter zunehmen, gleichzeitig dürften geringe Niederschläge in den Sommermonaten künftig eher die Regel als die Ausnahme sein.

Aber nicht nur deshalb ist der Konflikt, der um die sieben Brunnen in Pfungstadt ausgetragen wird, von allgemeiner Bedeutung. Er deutet den neuen Verteilungskampf an um das wichtige Lebensgut Wasser und den gesetzlich garantierten Schutz der Natur, vor allem des Waldes als Wasserspeicher und Klimastabilisator. Wer durch den sterbenden Westwald in Darmstadt spaziert, ahnt selbst als Laie, dass die Suche nach einem Kompromiss zwischen diesen beiden Gütern keinen Tag mehr aufgeschoben werden kann.

Aufrufe der Stadt, bei Hitze die Bäume im Park zu gießen oder Fassaden zu begrünen, sind angesichts dieser Herausforderung Spielereien zur Selbstberuhigung. Was es braucht, sind weitreichende Rettungspläne etwa in Gestalt weiterer Infiltrationsanlagen. Außerdem könnte sich die Politik am Bund der Steuerzahler orientieren: Der hat seine Schuldenuhr. Wie wäre es mit einer öffentlichen Wasseruhr in jeder Kommune, die im Sommer anzeigt, wie lange es noch dauert bis es heißt „Schicht im (Brunnen-)Schacht“?